

Kulturpolitik muss nachhaltig wirken – 10 Punkte für eine Kulturpolitik nach der Corona-Pandemie

Wir waren nicht vorbereitet auf diese Krise. Sie zwingt uns nun umso mehr, auch im Kulturbereich die Institutionen, Veranstaltungen, Förderlogiken und Haushalte zu überdenken. Nichts ist selbstverständlich, alles ist gewachsen, oftmals durchgesetzt, erkämpft und mühsam erhalten. Wir sollten darum kämpfen, es zu bewahren und gemeinsam Wege aus der Krise erstreiten. Hier haben Fachverbände wie der Deutsche Kulturrat, der Kulturrat NRW und andere die richtigen Forderungen aufgemacht. Beispielsweise die Einrichtung eines nationalen Kulturinfrastrukturförderfonds, eine zügige und unbürokratische Abwicklung der Grundsicherung seitens der Bundesagentur für Arbeit sowie eine Beteiligung der Kommunen an den Maßnahmen zur Sicherung des Kulturlebens.

Bund, Länder und Kommunen haben bereits Hilfen in Aussicht gestellt, und die Strategien vieler Kulturakteure, das Netz zu nutzen, sich mit ihrem Publikum zu verbünden, der Leere auf den Bühnen und Straßen etwas entgegenzusetzen, sind richtig. Die komplette temporäre Schließung von Kultureinrichtungen und die Absage aller Kulturveranstaltungen hat es in Deutschland bisher noch nie gegeben. Dadurch wird erstmals in drastischer Art und Weise deutlich, was im Leben der Städte und Gemeinden fehlt, wenn ein Kulturangebot einfach nicht mehr existent ist. Dies betrifft nicht nur die Theater- und Museumsgänger*innen, auch Besucher*innen der Bibliotheken, der Musik- und Kunstschulen oder der Volkshochschulen sind betroffen. Es sind dies allesamt nicht nur spezifische Orte und Gelegenheiten für Kunst, Bildung oder Freizeit, sondern auch für Kommunikation, Begegnung und Zusammenhalt – so wie es der frühere Bundespräsident Johannes Rau einmal auf den Punkt brachte: »Kultur als Hefe im Teig dieser Gesellschaft«. Was bisher als selbstverständlich hingenommen wurde, unterliegt nun dem Ausnahmefall.

Wir setzen uns dafür ein, dass diese breite und vielfältige Kulturlandschaft durch die Corona-Krise und die zu erwartenden finanziellen Folgen keinen Schaden nimmt und sich als Element des gesellschaftlichen Diskurses weiterentwickeln kann. Dies gilt für die Institutionen und die Kunst- und Kulturschaffenden gleichermaßen. Vor allem die fragilen, nicht öffentlich getragenen »Kultursäulen« in Deutschland, die freien Theater- und Musikensembles, Kunstvereine und Jugendkunstschulen, Literatur- und Künstlerhäuser, soziokulturelle Zentren, Veranstaltungsreihen und Festivals, die vielen kleineren Projekte, Stadtteilinitiativen und -feste sowie die Kultur in ländlichen Räumen abseits der Metropolen verdienen besondere Aufmerksamkeit. Sind diese Einrichtungen und Angebote nicht auch längst ein untrennbarer Teil der Kulturlandschaft in Deutschland, und sollte nicht deshalb auch die Zielsetzung und Struktur der öffentlichen Förderung diesem Umstand entsprechend angepasst werden? Welcher Zusammenhang besteht zwischen solchen Strategien und der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung auch im Kulturbereich?

Über die Forderungen des Tages hinaus, die um finanzielle Hilfen insbesondere für Freischaffende, um Überbrückungsleistungen und förderrechtliche Fragen kreisen, geht es um grundlegende Haltungen und Perspektiven, die wir in der Kulturpolitik einfordern sollten:

1. Kulturelle Infrastrukturen im Kulturstaat Deutschland sind systemrelevant. Sie bedürfen der gleichen Aufmerksamkeit wie etwa Wirtschaft, Soziales, Bildung und Wissenschaft. Zudem tragen sie erheblich zum demokratischen Diskurs bei und bieten Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Widerspiegelung gesellschaftlicher Konsense.

2. Bund, Länder und Kommunen müssen kulturpolitisch zusammenstehen. Am Ende sollte kulturpolitisch bewertet werden, wie Föderalismus und Subsidiarität neu zu justieren sind, um im Kulturbereich robuste Strukturen herzustellen sowie die Kommunen nicht zu überfordern. Föderalismus und Subsidiarität dürfen nicht dazu führen, dass die Wege aus der Krise zerfasern und insbesondere die Kommunen überfordert werden.
3. Während staatliche und kommunale Rechtsträger von Kultureinrichtungen für deren Erhalt sorgen müssen, ist der frei-gemeinnützige Bereich besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Er muss gleichberechtigt in langfristige Rettungsmaßnahmen eingebunden werden. Im gegenseitigen Einvernehmen sind auch Rechtsträgerwechsel möglich, wenn Angebote anders nicht gesichert werden können. Die Voraussetzungen hierfür wären vor allem durch die Länder zu schaffen, etwa über Sonderprogramme.
4. Die kommunalen Haushalte werden am massivsten gefordert und vielerorts überfordert sein, die Folgen der Krise zu kompensieren. Dabei werden vor allem freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben ins Visier von Einsparbestrebungen geraten. Es bedarf neuer Regelwerke und Spielräume, um eine angemessene Förderkulisse vorhalten zu können, denn ohne diese laufen Überbrückungsleistungen ins Leere, insbesondere für institutionell und projektbezogen Geförderte.
5. Rettungsszenarien müssen nachhaltig ausgelegt sein, sie müssen die Resilienz von Kultureinrichtungen und Kulturträgern fördern. Längerfristige Vertragsbeziehungen sind hier ebenso wichtig wie klimagerechte Sanierungen von Spielstätten, aber auch die Bildung von Rücklagen bei geförderten Trägern.
6. Mehr persönliches Engagement wagen! Verlusterfahrungen macht jede/r auch individuell. Jede/r kann sich für den Erhalt von Angeboten durch ehrenamtliches und/oder finanzielles Engagement einsetzen. Die vielerorts gewonnene Solidarität zwischen Produzenten und Nutzern gilt es auszubauen, dies könnte der nachhaltige Ertrag aus der Krise und der neuen Aufmerksamkeitsbeziehung sein. Hier helfen nicht nur die neuen Technologien, sondern die Krisenerfahrungen ganz konkret weiter: Sie können in die Normalität überführt werden. Der kulturpolitische Appell richtet sich nicht nur an die Politik, sondern auch an die Zivilgesellschaft. Wir müssen die »Krise des Allgemeinen« gemeinsam überwinden.
7. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik! Die Krise kann auch die Kulturanbieter verändern, wie wir in der Flüchtlingskrise, aber etwa auch bei anderen Katastrophenerfahrungen (etwa Elbehochwasser) gelernt haben. Nicht zum Alltag zurückkehren, sondern Themen, Arbeitsweisen, Routinen, Beziehungen überdenken und neue gesellschaftliche Resonanz erzeugen, muss eine Erkenntnis sein.
8. In der Corona-Krise haben Theater und Museen, freischaffende Musiker*innen und andere Kulturakteure so stark wie nie zuvor die digitalen Medien für Präsentationen und Botschaften an ihr Publikum entdeckt. Der Kulturbereich, der dem Internet häufig reserviert und kritisch gegenüberstand, hat diese Möglichkeiten schnell, phantasievoll und auch interaktiv genutzt. Was jetzt unter schwierigen Bedingungen gemeistert wird, muss zukünftig der Normalfall für Kunst- und Kulturinstitutionen sein. »Kultur im digitalen Zeitalter« ist eine Herausforderung, für die auch entsprechende materielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden müssen.
9. Die längerfristige Sicherung von Angeboten muss an Kulturentwicklungsplanungen und Schwerpunktsetzungen gekoppelt werden, da es nicht um Aufwüchse, sondern strukturbildende Elemente gehen muss.

Wir müssen die Aufarbeitung der Krise begleiten und erforschen, um aus ihr lernen und uns aufkommende Krisen besser vorbereiten zu können. Dabei kann die anwendungsbezogene Forschung wichtige Beiträge leisten.

10. Die Rolle der Kultur und Kultureinrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen, Volkshochschulen, soziokulturelle Zentren, freie Theater, Stadtteilkultur, Kunst im öffentlichen Raum usw. ist bei der Wiederherstellung von Normalität nicht zu unterschätzen. Die Menschen werden sich nach Monaten der Verunsicherung und der Isolation nach Gemeinschaftserfahrungen sehnen. Diese Kraft wird uns tragen und motivieren, sie wird auch Energie mobilisieren, die wir dringend benötigen. Wir müssen an der Formung neuer Konsense kulturpolitisch mitwirken, es kann auch die Chance auf programmatische Erneuerung bedeuten.

Es ist allen zu danken, die sich um die Bewältigung der Krise kümmern, die weiterdenken und schon jetzt an die Aufgaben der Zukunft denken, aus der eine vielfältige Kulturlandschaft keinesfalls wegzudenken ist, wie schwer auch immer es vorübergehend werden mag. Die Kulturpolitische Gesellschaft wird ihren Beitrag leisten.

31. März 2020



Dr. Tobias J. Knoblich
Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.